

Newsletter 2/2016



Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Woche hat erneut der Landtag NRW getagt. Daher möchte Sie wie gewohnt über die aktuellen Themen im Landtag informieren.

Klare Kante gegen Steuerhinterziehung

Die rot-grüne Landesregierung geht nicht erst seit Bekanntwerden der sogenannten „Panama Papiere“ Hinweisen wegen Steuerhinterziehung konsequent nach. Vielmehr ist die nordrhein-westfälische Steuerfahndung seit Jahren sehr gut aufgestellt und mittlerweile national und international für ihre vorbildliche Arbeit bekannt. Seit der Aufdeckung aus Panama geht es uns einmal mehr darum, jetzt die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Nicht alles mag strafrechtlich relevant sein, aber moralisch verwerflich ist es dennoch.

Der von Bundesminister Wolfgang Schäuble vorgelegte Zehn-Punkte-Plan geht uns nicht weit genug. Es gibt nicht nur internationale Maßnahmen, die angestoßen werden müssen, sondern auch nationale. Das wären unter anderem Änderungen am Kreditwesengesetz. Das heißt, Banken müssen bei illegalen Geschäften selbst mit Konsequenzen rechnen. Einen entsprechenden Gesetzentwurf haben wir vor Jahren im Bundesrat auch auf Initiative von NRW verabschiedet. Doch seitdem liegt das Gesetz beim Bundestag, ohne dass etwas passiert. Eine weitere Maßnahme wäre die Einführung eines Unternehmensstrafrechts. Auch hierfür setzen wir uns von NRW aus ein, aber die Bundesregierung bremst auch hier. In dem am Mittwoch eingebrachten gemeinsamen Antrag der rot-grünen Koalitionsfraktionen geht es darum, weitere Rechtslücken zu schließen und neue Möglichkeiten gegen Steuerhinterziehung zu schaffen. Das sind unter anderem die Schaffung eines Transparenzregisters, eine erhöhte Meldepflicht von Banken und Steuerpflichtigen, welche Offshore-Geschäfte sie betreiben oder vermitteln.

Drucksache [16/11706](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Stahlstandort sichern in Nordrhein-Westfalen

Die Stahlindustrie in Deutschland ist für leistungsfähige Wertschöpfungsnetzwerke für viele andere Wirtschaftsbereiche von zentraler Bedeutung. Die aktuellen Entwicklungen auf den europäischen Stahlmärkten setzen unsere Industrie jedoch stark unter Druck. Zum einen drücken weltweite Überkapazitäten - insbesondere durch die künstlich hoch gehaltene Produktion in China - die Preise für Stahlprodukte. Zum anderen muss die Stahlbranche auch ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten.

Vor diesem Hintergrund haben wir zusammen mit der Fraktion der Grünen am Mittwoch einen Antrag in das Plenum eingebracht, der sich mit der Sicherung der Stahlindustrie in NRW beschäftigt. Wir fordern darin, dass die neuen Bestimmungen zum Europäischen Emissionshandel einen Anreiz zu mehr Energieeffizienz und Modernisierung schaffen, ohne die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu

gefährden. Außerdem muss sich die EU gegen die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft durch die WTO stark machen, sollte sich herausstellen, dass China eine Dumpingstrategie verfolgt. Dann müssen entsprechende Strafzölle erhoben werden.

Drucksache [16/11707](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Große Gewalt durch Genitalverstümmelung

Der 11. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung geht davon aus, dass weltweit mehr als 150 Millionen Frauen mit verstümmelten Genitalien leben. Mit steigender Tendenz werden Mädchen und junge Frauen Opfer dieser menschenverachtenden Praxis. Die Dunkelziffer ist noch weitaus höher. Zum Teil gehen Menschenrechtsorganisationen von einer Verdoppelung der Schätzungen aus. Nach Berechnungen von Terre des Femmes leben in Deutschland mindestens 60.000 Mädchen und Frauen, die aus sogenannten Prävalenzländern stammen, in denen diese Menschenrechtsverletzung noch immer praktiziert wird. Dennoch wird das Thema weiblicher Genitalverstümmelung in der deutschen Öffentlichkeit wenig thematisiert. Daher ist es umso wichtiger, es in das Bewusstsein zu rücken. Insbesondere Polizei und Justiz, pädagogisches Lehrpersonal sowie der Gesundheitssektor müssen darauf vorbereitet sein. Hier wollen wir anknüpfen. Mit unserer politischen Initiative, die wir am Mittwoch gemeinsam mit der Grünen-Fraktion in den Landtag eingebracht haben, wollen wir, dass Präventionsmaßnahmen entwickelt werden, um potenzielle Opfer zu unterstützen.

Drucksache [16/11705](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Pauken der Pauker für die Zukunft

Die Ausbildung der neuen Lehrerinnen und Lehrer soll zukunftsfähiger werden. Dafür hat die Landesregierung am Mittwoch einen neuen Gesetzentwurf im Landtag vorgelegt. Die letzte große Reform stand in der Lehramtsausbildung im Jahr 2009 an. Inzwischen ist sie aufgrund neuer Anforderungen und Herausforderungen im Schulalltag erneut reformbedürftig: Vor allem die schulische Inklusion und dadurch die Bildung von heterogenen Lerngruppen soll in das Ausbildungsgesetz aufgenommen werden. Auch die Medienbildung ist ein weiterer wichtiger Punkt. Außerdem haben wir uns für die Ausweitungen der Härtefälle für Staatsexamensstudierende eingesetzt. Nun gilt auch als Härtefall jede Art der Schwerbehinderung sowie pflegende Studierende. Nordrhein-Westfalen stellt mit dem vorliegenden Gesetzentwurf seine Lehrerausbildung weiter systematisch auf die gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen an den Lehrerberuf ein. Entscheidend für uns ist, dass wir an der soliden fachlichen und pädagogischen Ausbildung für die Lehrkräfte aller Schulstufen und Schulformen festhalten: Die Lehrerausbildung folgt damit der Schulstruktur.

Drucksache [16/9887](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung)

Anerkennung ausländischer Abschlüsse

Die rot-grüne Landesregierung will bei der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen den von der Europäischen Union vorgegebenen Richtlinien nachkommen. Die Umsetzung in Landesrecht ist vorgeschrieben und zwingend erforderlich. Insbesondere muss die Landesregierung dafür sorgen, dass es

einheitliche Ansprechpartner in der Verwaltung für das Thema gibt und diverse Vereinfachungen bei Verfahrensfragen festschreiben. Da außer dem sogenannten Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz auch weitere fachgesetzliche Regelungen geändert werden müssen, hat die Landesregierung ein Artikelgesetz entwickelt, das weitreichende Umsetzungserfordernisse abdeckt.

Drucksache [16/10308](#) (Gesetzentwurf der Landesregierung)

Solide und sozial für neuen Wohnraum sorgen

Mit dem Thema Wohnraumförderung hat sich das Plenum am Donnerstag auf Antrag der Koalitionsfraktionen von SPD und Grüne befasst. Gegenstand der Debatte sind die finanziellen Grundlagen der mietpreisgebundenen Wohnraumförderung des Landes. Der große Erfolg unserer Förderpolitik für mehr und bezahlbaren Wohnraum in NRW erfordert die Neujustierung der finanziellen Grundlagen. So muss das Fördervolumen bei der NRW.Bank, die die Förderung für die Landesregierung abwickelt, von 800 Millionen Euro pro Jahr auf 1,1 Milliarden Euro angehoben werden. Zudem muss das vom Bund versprochene und durch das Bundeskabinett bereits beschlossen Geld für die soziale Wohnraumförderung, das für die Tilgungszuschüsse verwendet wird, zügig kommen. Wichtig ist dabei, dass das Geld direkt an die Länder geht, um die effektive und sehr erfolgreiche Förderpolitik fortsetzen zu können.

Drucksache [16/11704](#) (Antrag der Fraktionen von SPD und Grüne)

Zu Besuch beim Arbeitskreis 3. Welt Neuenrade e.V.



Anfang April war ich zu Besuch bei dem Arbeitskreis 3. Welt in Neuenrade, der in Neuenrade den Weltladen betreibt, in dem von Ehrenamtlichen fair gehandelte Waren verkauft werden. Ziel des Vereins ist es durch den Verkauf fair gehandelter Produkte mehr Gerechtigkeit in die Welt zu tragen. Gesprächsthema war hierbei auch der weiter oben beschriebene Antrag zum Thema Genitalverstümmelung.

Zu Besuch in der Frühförderstelle der Lebenshilfe Menden, Balve und Hemer

Ebenfalls Anfang April habe ich die Frühförderstelle der Lebenshilfe Menden, Balve und Hemer in Menden besuchen können und mich über die Arbeit der Frühförderstelle informiert.

Themenwoche „Vorbeugende Politik“ der NRWSPD

Gerne möchte ich euch und Sie noch auf die Themenwoche „Vorbeugende Politik“ der NRWSPD hinweisen. Die Themenwoche findet vom 17.05.2016 bis zum 27.05.2016 statt. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft sorgen, Chancengleichheit erreichen, Teilhabe für alle ermöglichen und verhindern, dass Menschen „abgehängt“ werden, ist wesentlicher Bestandteil sozialdemokratischer Politik. Daher beschäftigt sich die Themenwoche mit dem Themenbereich vorbeugender Politik. Hierzu werde ich in meinem Wahlkreis eine Reihe von Schulen zu den Themen Inklusion und Kein Abschluss ohne Anschluss besuchen. Gerne möchte ich die Ortsvereine ermutigen ebenfalls Veranstaltungen oder Termine für die Themenwoche durchzuführen.

Viele Grüße aus Düsseldorf und bis demnächst

Ihre/eure

Inge Blask